DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

Valentin Wedl

- Die EU und ihre Mitgliedsstaaten stehen heute vor gravierenden Herausforderungen, u. a.:
  - Die dramatische Arbeitslosigkeit muss bekämpft werden
  - Zentrale Ursachen der Krise müssen zunächst richtig erkannt und dann adäquat bearbeitet werden: Ungeregeltheit der Finanzmärkte, Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen, Ungleichheit bei den Einkommen und Vermögen
  - Solange die EU keinen Kurswechsel vollzieht, wird es immer schwieriger, das verlorene Vertrauen der BürgerInnen wiederzugewinnen

Steffen Lehndorff

- Immer mehr europäische Länder treiben in eine erneute Rezession, die Politik fortgesetzter einschneidender Ausgabenkürzungen blockiert die wirtschaftliche Erholung
- Gleichzeitig versperrt die Fokussierung auf die kurzfristige Reduzierung der Staatsschulden den Blick auf Fehler in den Jahren vor der Krise
- Das derzeitige Austeritätsregime in der EU mit seinen dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Folgen wurde wesentlich auf Betreiben der deutschen Regierung errichtet
- Die „Konsolidierungsmaßnahmen" stehen oft in keinem direkten Zusammenhang mit der Höhe des öffentlichen Staatsschuldenstandes und werden mit „Strukturmaßnahmen" verknüpft, bei denen in den meisten Fällen ebenso kein erkennbarer Bezug zu den Staatsschulden besteht; dessen ungeachtet werden diese „Strukturmaßnahmen" zur Voraussetzung für die Gewährung von Krediten aus den Rettungsfonds gemacht
- Erforderlich wäre nicht nur eine koordinierte Steuer- und Fiskalpolitik, sondern auch eine abgestimmte Wirtschafts- und Sozialpolitik, um die Leistungsfähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften anzugleichen
- Die Entwicklung einer Alternative zur gegenwärtigen Krisenpolitik muss über eine wirtschaftspolitische Kurskorrektur weit hinausgehen:
  - Ein radikaler Kurswechsel in Richtung einer europäischen Wirtschaftsregierung, die eine erhebliche Begrenzung und Besteuerung des Finanzsektors einschließen und auf eine europäische Solidarunion hinauslaufen müsste
  - Reformen in den Ländern der Euro-Peripherie in Richtung nachhaltigerer Modelle der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung

Christa Schlager

- Österreich hat die Krise bisher relativ glimpflich überstanden: BIP, Arbeitslosigkeit und Staatsschuldenquote haben sich im Vergleich zur Eurozone günstiger entwickelt
- Gründe dafür sind u. a. die Konjunkturpakete, die Wirkungen des Sozialstaates als automatischer Stabilisator sowie (damit verbunden) der bisher stabile Konsum

- Die EU-Krisenpolitik schlägt aber auch auf Österreich durch und die Krise wird prolongiert: Die Sparpakete wirken wirtschaftsdämpfend, die Arbeitslosigkeit liegt deutlich über dem Niveau vor der Krise mit weiter steigender Tendenz und die Bankenrettung belastet die öffentlichen Budgets massiv
- Auch in Österreich ist daher mit steigender Armut und wachsender Ungleichheit zu rechnen
- Es bedarf vor allem einer Stabilisierung der Nachfrage, u. a. mittels der Intensivierung des sozialen Wohnbaus, der Aufstockung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik und des Ausbaus sozialer Dienstleistungen

Christoph Hermann/Karl Hinrichs/Magnus Brosig

- Im Gefolge der Krise erfolgt ein nachhaltiger Umbau von nationalen Sozial- und Beschäftigungssystemen, der im Wesentlichen auf eine – in etlichen Fällen sehr rapide – Einschränkung von Sozial- und Arbeitsrechten hinausläuft:
  - Teils massiver Abbau von öffentlicher Beschäftigung, u. a. im Gesundheits- und Bildungswesen
  - Teils drastische Reduktion von Löhnen, v. a. im öffentlichen Sektor, sowie Kürzung und Einfrierung von Mindestlöhnen – auch in der Privatwirtschaft
  - Arbeitszeiten werden auf Kosten der Beschäftigten flexibilisiert und verlängert
  - ArbeitnehmerInnenrechte werden über den Ausbau von befristeter Beschäftigung und Leiharbeit, die Verlängerung von Probezeiten sowie die Einführung von Arbeitsverträgen mit niedrigeren rechtlichen Standards abgebaut; ähnlich wirken Maßnahmen zur Erleichterung von Kündigungen für die ArbeitgeberInnen
  - In einigen Ländern erfolgen massive Eingriffe in nationale Kollektivvertragssysteme, damit geht oft eine deutliche Schwächung der Gewerkschaften einher
  - Im Bereich der Pensionssysteme wurden v. a. Entwicklungen beschleunigt, die bereits vor der Krise einsetzten: Erhöhung des gesetzlichen Pensionsalters, Verlängerung von Beitragszeiten und Berechnungszeiträumen, Erschwerung des Zugangs zu Früh- und Invaliditätspensionen etc.

Vera Glassner

- Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise zeitigt ungleiche Auswirkungen auf die nationalen Systeme der Arbeitsbeziehungen
- Vor allem Länder Mittelwest- und Nordeuropas haben die Krise bisher vergleichsweise gut überstanden, Sozialpartner waren dort in tarifpolitische Lösungsstrategien eingebunden
- Hingegen haben die gegenwärtigen Eingriffe in Ländern mit neoliberalen Systemen der Arbeitsbeziehungen (in anglophonen Ländern, in MOE, Malta und Zypern) zu einer weiteren Dezentralisierung und Fragmentierung der Arbeitsbeziehungen geführt
- Ein Trend zur Dezentralisierung der Kollektivvertragssysteme ist derzeit in allen EU-Staaten zu beobachten, vor allem in den mittelost- und südeuropäischen Ländern außerhalb der Kontrolle von Gewerkschaften
- Die Dezentralisierung führt dort zu einer Erosion der verbandlichen Steuerung von Löhnen und Arbeitsbedingungen

- Mit diesen Entwicklungen wird das Ziel der Verringerung der makroökonomischen Ungleichgewichte zwischen Nord- und Mittelwesteuropa auf der einen und Süd- und Mittelosteuropa auf der anderen Seite immer weiter verfehlt

Herbert Obinger

- Krisenbedingt ist in Hinkunft in vielen EU-Staaten mit erheblichen Einschnitten in die sozialen Sicherungssysteme zu rechnen
- Hauptursache für die zu erwartende Phase restriktiver Sozialpolitik ist die Schuldenkrise, die sich in vielen Ländern dramatisch zugespitzt hat
- Künftig wird der Wohlfahrtsstaat aus drei Gründen ins Zentrum von Einsparungsbemühungen geraten:
  - Allein das fiskalische Gewicht des Wohlfahrtsstaates weckt Begehrlichkeiten – in den OECD-Ländern ist mehr als die Hälfte der öffentlichen Ausgaben im Sozialbereich gebunden
  - Der Einsparungsdruck kann – anders als in der Vergangenheit – kaum mehr in nichtsozialstaatliche Politikfelder umgelenkt werden
  - Der Handlungsspielraum des Nationalstaates auf der Einnahmenseite hat sich verringert
- Dies hat gravierende negative Konsequenzen für Politik und Demokratie:
  - Der Ausbau des Wohlfahrtsstaates hat massiv zur Eindämmung sozialer Ungleichheit beigetragen – seine Zurückdrängung wird die soziale Ungleichheit erhöhen
  - Der Wohlfahrtsstaat hat auch zur Stabilisierung und Legitimität der Demokratie beigetragen – sein Rückbau könnte sich negativ auf die politische Partizipation auswirken

Christine Mayrhuber

- Einige Makro-Indikatoren bestätigen zwar die These, wonach die Politik bislang keine großen Sozialstaatsreformen durchgeführt habe, qualitative Indikatoren bestätigen dies jedoch nicht
- So hat sich etwa aufgrund der gestiegenen Frauenerwerbsbeteiligung auch die Anzahl an Pensionsbezieherinnen erhöht. Dass Pensionistinnen dennoch eine ungleich höhere Armutsgefährdungsquote haben, wird daraus nicht ersichtlich
- Outcome-Indikatoren zeigen eine starke Zunahme ökonomischer und sozialer Ungleichheiten nicht nur im Hinblick auf die Markteinkommen vieler Menschen, sondern auch bezogen auf ihre Arbeitsmarkt- und Einkommenschancen
- Ursache dafür sind u. a. vielschichtige und einschneidende Reformen in allen OECD-Ländern: vom teils paradigmatischen Wechsel in der Sozialpolitik bis hin zu den Veränderungen im institutionellen Gefüge der Ökonomien
- Diese Veränderungen führten zu einer relativen Verschlechterung in der sozialen und ökonomischen Position breiter Bevölkerungsschichten
- In einigen Ländern, v. a. in Skandinavien, wurden aber auch Reformen durchgeführt, die auf eine Verbesserung der sozialen Absicherung abzielten: Stärkung der Chancengleichheit, Erhöhung der Effizienz der Sicherungssysteme, Erweiterung des Einkommensschutzes sowie Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen

Andreas Botsch

- Bisher hat die Politik die vielfältigen Dimensionen und Wurzeln der Wirtschaftskrise nicht verstanden, geschweige denn, dass sie adäquate Lösungen zu ihrer Behebung entwickelt hätte
- Europa reagiert mit falschen Strukturreformen und Kürzungen bei den Sozialausgaben auf essenziell makroökonomische Probleme
- Die EU betrachtet drei sich gegenseitig verstärkende Krisenherde unterschiedlicher Natur als einen einzigen und verfehlt daher das Ziel einer effektiven Stabilisierung
- Die europäische und globale Wirtschaft benötigt eine Neuordnung der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen, inklusive einer expansiven Fiskalpolitik
- Die EU – zumindest aber die Eurozone – benötigt eine vertiefte soziale, politische und wirtschaftliche Union
- Die Finanzierung der wirtschaftlichen Stabilisierung darf nicht nur zulasten öffentlicher Neuverschuldung erfolgen
- Eine wirkliche Fiskalunion erfordert – neben einer gemeinsamen Koordinierung der Ausgabenseite – auch eine Koordinierung der Einnahmenseite der Staaten
- Eine europäische Wirtschafts- und Sozialunion muss mehr Rechte und Aufgabenkoordinierung auf die supranationale Ebene delegieren. Das Abweichen von gemeinsam definierten Regeln muss sanktionierbar werden

Josef Wöss

- Zentrale Voraussetzung für eine sinnvolle Bewältigung der Krise ist die korrekte Analyse ihrer Ursachen
- Behauptungen wie „Schuld sind die hohen Staatsschulden“ oder „Wir haben alle über unsere Verhältnisse gelebt“ dienen zur Ablenkung von den wahren Krisenursachen (unregulierte Finanzmärkte, massive Handelsungleichgewichte, immer stärker werdende Auseinanderentwicklung von Arm und Reich etc.)
- Wie verfehlt derartige Krisendeutungen sind, zeigt z. B. Irland, wo es vor der Krise eine sehr niedrige Staatsverschuldung und sehr wenig Sozialausgaben gab – und beinahe über Nacht wurde Irland dann vom (neoliberalen) Musterschüler zum Katastrophenland
- Eine gute soziale Absicherung und wirtschaftlicher Erfolg sind keine Gegensätze – im Gegenteil: Eine erfolgreiche soziale Marktwirtschaft verbindet Wettbewerbsfähigkeit mit sozialer Gerechtigkeit
- Was wir brauchen ist ein Umgang mit Problemen und Herausforderungen ohne ideologische Scheuklappen – gestützt auf eine Grundeinstellung, die Fortschritt an der (nachhaltigen) Entwicklung des Wohlstandsniveaus und der Lebenschancen der breiten Masse der Bevölkerung misst